

Fünf Fragen an Dr. Stefan Bach

„Mit Wirtschaftswachstum und Konsolidierung gegen die Staatsverschuldung“



Dr. Stefan Bach,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung Staat
beim DIW Berlin

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die Staatsverschuldung in vielen Ländern wachsen lassen. Erinnert sei an die Schieflage der EU-Wackelkandidaten Griechenland oder Irland. Herr Dr. Bach, wie prekär ist die Lage hier in Deutschland?

Auch in Deutschland ist die Staatsverschuldung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich angestiegen. Weil die öffentlichen Haushalte auf Konsolidierungskurs gegangen sind, sieht es im Vergleich zu den Nachbarländern bei uns zwar noch relativ gut aus. Trotzdem ist die gesamte Staatsverschuldung in Deutschland auf einem Level angekommen, das längerfristig die Wachstumsperspektiven begrenzt. Man muss zwar berücksichtigen, dass der Staatsverschuldung in Deutschland bisher noch beträchtliche Vermögenswerte des Staates gegenüberstehen – in Form von Infrastrukturvermögen, Unternehmensbeteiligung oder Krediten. Im Zuge der Ausweitung der Staatsverschuldung wurde dieses Nettovermögen in den vergangenen zwei Jahrzehnten allerdings deutlich reduziert.

Was bewirkt diese hohe Staatsverschuldung?

Staatsverschuldung bedeutet eine Lastverschiebung in die Zukunft. Um die Staatsverschuldung zu refinanzieren, müssen wir künftig entweder die Steuern erhöhen oder die Ausgaben senken. Das heißt, wenn man diese Belastungen gering halten möchte, sollte man zumindest die Staatsschulden im Verhältnis zum Sozialprodukt nicht weiter erhöhen. Berücksichtigen sollten wir neben den expliziten auch implizite Staatsschulden. Die resultieren aus den sozialen Sicherungssystemen, die ja umlagefinanziert sind. Rücklagen werden dort nicht gebildet. Wenn die Bevölkerung künftig älter wird, kommen hier zusätzlich erhebliche Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zu.

„Öffentliche Armut, privater Reichtum“ – so lautete eine bekannte These aus den 50er und 60er Jahren.

Ist diese Parallele auch in heutigen Zeiten noch gültig?

Ja, der Staat hat zwar in den vergangenen Jahren erhebliche Schulden gemacht und sein Nettovermögen abgebaut. Gleichzeitig wurde aber in Deutschland in erheblichem Umfang privates Vermögen aufgebaut. Da sich auch die private und unternehmerische Verschuldung gegenüber dem Ausland hier in Grenzen hielt, fällt die Vermögensbilanz für Deutschland insgesamt vergleichsweise günstig aus. Das ist natürlich auch dem exportgetriebenen Wachstum zu verdanken.

Herr Dr. Bach, wie groß ist die Gefahr, dass die Staatsverschuldung sogar weiter ansteigt?

Ein weiterer Anstieg der Staatsverschuldung hängt natürlich von den laufenden Finanzierungsdefiziten, die nach dem Grundgesetz reduziert werden müssen und der Wachstumsentwicklung ab. Wenn die Wirtschaft schneller wächst, lässt sich natürlich auch eine steigende Staatsverschuldung eher bewältigen. Aus dem höheren Einkommen könnte man so die Finanzierung bestreiten. Wenn die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden und die Wirtschaft wächst, könnte die Staatsverschuldung längerfristig sogar sinken.

Welche Rezepte würden Sie gegen die schwelende Staatskrise empfehlen?

Wir brauchen zum einen Ausgabenkürzungen. Dort, wo der Staat nicht so effizient ist, müssen Ausgaben gekürzt werden. Das wäre zum Beispiel bei Subventionen oder Ausgabenprogrammen, die wenig bewirken, möglich. Und wir kommen wahrscheinlich auch nicht darum herum, die eine oder andere Steuer zu erhöhen. Das Ganze sollte aber so gestaltet werden, dass es das längerfristige Wachstum in Deutschland möglichst wenig belastet. Dann kommen wir aus dieser Staatsschuldenkrise wieder gut heraus.

Wenn die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden und die Wirtschaft wächst, könnte die Staatsverschuldung längerfristig sogar sinken.

Das Gespräch führte
Karsten Zummack.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt
Renate Bogdanovic

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Jochen Diekmann

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.